

**Antrag 146/II/2019****KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Einführung einer Kindergrundsicherung**

1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger\_innen im Bundestag  
2 und ihre Vertreter\_innen in der Bundesregierung auf, sich  
3 für die Einführung einer Kindergrundsicherung nach fol-  
4 genden Maßgaben einzusetzen.

5

6 • Die Kindergrundsicherung wird als selbständiger  
7 Anspruch in einem eigenen Gesetz geregelt.

8 • Die Kindergrundsicherung muss der Höhe nach an-  
9 gemessen und geeignet sein, alle Kinder vor Armut  
10 zu schützen, und ihnen die soziokulturelle Teilhabe  
11 ermöglichen. Der Leistungskatalog soll daher in ein-  
12 nem Kindergrundsicherungsgesetz (Arbeitstitel) ge-  
13 bündelt werden.

14 • Die Kindergrundsicherung wird für alle Kinder auf  
15 Antrag ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung und  
16 ohne Anrechnung auf andere staatliche Leistungen  
17 gezahlt. Die Beantragung ist einfach zu gestalten.  
18 Bereits die gesetzlichen Regelungen sollen sicher-  
19 stellen, dass die Verwaltung die Antragsteller\_innen  
20 hierbei unterstützt.

21 • Die derzeitigen Regelungen zum Kindergeld und  
22 zu den Kinderfreibeträgen im Einkommensteuergesetz  
23 werden gestrichen. Ebenso können alle gesetz-  
24 lichen Regelungen über familienpolitische Leistun-  
25 gen, die nunmehr im Kindergrundsicherungsgesetz  
26 in einem Anspruch gebündelt sind, gestrichen wer-  
27 den.

28 • Statt einer vorgelagerten Bedürftigkeitsprüfung er-  
29 folgt die Berücksichtigung der finanziellen Notwen-  
30 digkeit bzw. Angemessenheit durch die Anrechnung  
31 der Kindergrundsicherung auf das elterliche Ein-  
32 kommen im Rahmen der Einkommensteuer.

33 • Umfang, Höhe und Art der Anrechnung der Kinder-  
34 grundsicherung auf das Einkommen der Eltern kön-  
35 nen unter Berücksichtigung von Faktoren wie teil-  
36 weise oder vollständige Freistellung von der Anrech-  
37 nung, Berücksichtigung im Rahmen der Progression,  
38 Einführung eines neuen Freibetrages je Kind oder  
39 ähnliche im Einkommensteuerrecht etablierte In-  
40 strumente sozial gerecht ausgestaltet werden.

41 • Die Finanzierung der Kindergrundsicherung soll  
42 durch die Abschaffung des bisherigen Kindergelds,  
43 der bisherigen Kinderfreibeträge sowie der sozial  
44 gerechten Ausgestaltung der Anrechnung der Kin-  
45 dergrundsicherung auf das elterliche Einkommen  
46 erfolgen.

47

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

48 **Begründung**

49 In einem so wirtschaftlich starken Land wie Deutsch-  
 50 land leben noch immer 1,95 Millionen Unter-18-Jährige  
 51 in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Dies sind ca. 15% al-  
 52 ler Minderjährigen in Deutschland. Überproportional vie-  
 53 le Kinder aus dieser Gruppe leben mit nur einem Eltern-  
 54 teil. In Berlin lebt fast jedes dritte Kind von Sozialleistun-  
 55 gen. Diese alarmierenden Zahlen der Bundesagentur für  
 56 Arbeit erhielten am Internationalen Kindertag erneut öf-  
 57 fentliche Aufmerksamkeit. Der Kinderschutzbund geht so-  
 58 gar davon aus, dass in Deutschland die tatsächliche An-  
 59 zahl von Kindern in Armut 4,4 Millionen beträgt. Die bis-  
 60 herigen Instrumente zur Bekämpfung von Kinderarmut  
 61 sind unzureichend oder wirkungslos. Aufgrund hoher bü-  
 62 rokratischer Hürden und eines zersplitterten Leistungsan-  
 63 gebots erhalten viele Kinder keine Leistungen, obwohl Sie  
 64 anspruchsberechtigt sind.

65

66 Wesentliche Folgen von Kinderarmut sind:

67 1. Kinderarmut geht mit dauerhafter Ausgrenzung,  
 68 Stigmatisierung und Demütigung einher. Arme Kin-  
 69 der sind häufiger von altersgemäßen Aktivitäten  
 70 ausgeschlossen und leben in der Regel in beeng-  
 71 ten Verhältnissen und in permanentem materiellen  
 72 Mangel. Dadurch verengt sich das Umfeld und der  
 73 soziale Austausch erheblich.

74 1. Kinderarmut beeinträchtigt die Entwicklungs-  
 75 möglichkeiten und mindert frühzeitig den Erfah-  
 76 rungsschatz. Das Selbstwertgefühl entwickelt sich  
 77 schlechter und Potenziale werden nicht ausge-  
 78 schöpft.

79 1. Kinderarmut hat häufig das Verharren in der Armut  
 80 zur Folge. Kinderarmut erhöht das Risiko von Ein-  
 81 kommensarmut und damit auch von späterer Al-  
 82 tersarmut.

83 1. Kinderarmut macht krank. Mit Armut sind erhöhte  
 84 gesundheitliche Risiken wie eine ungesunde Ernäh-  
 85 rung und Übergewicht verbunden. Die Gefahr von  
 86 Erkrankungen mit Langzeitfolgen erhöht sich rapi-  
 87 de.

88

89 Die Bekämpfung von Kinderarmut geht uns alle an: Die  
 90 Duldung von Armut verletzt die Menschenwürde der Be-  
 91 troffenen. Die Folgekosten von Armut trägt die Gemein-  
 92 schaft der Steuerzahler und der gesetzlich Versicherten.

93 Die aktuelle Ausgestaltung von Kindergeld und Kinder-  
 94 freibeträgen als steuerliches Entlastungsinstrument be-  
 95 vorzugt Eltern mit hohem Einkommen und ist daher sozi-  
 96 al ungerecht. Kinder, die Sozialleistungen beziehen, erhal-  
 97 ten aufgrund der Anrechnungsvorgaben kein Kindergeld  
 98 und Besserverdienende profitieren aufgrund der Günsti-  
 99 gerprüfung über die steuerlichen Freibeträge zusätzlich.

100 Die Kindergrundsicherung als eigenständige familienpo-

101 litische Leistung soll dieses Modell ablösen und die Ver-  
102 teilungspyramide umkehren.

103

104 Wir als Sozialdemokraten\_innen wollen und müssen da-  
105 für sorgen, dass Kinderarmut in Deutschland effektiv und  
106 nachhaltig bekämpft und allen Kindern die soziokulturel-  
107 le Teilhabe ermöglicht wird. In Anlehnung an die Emp-  
108 fehlung des Bündnisses Kindergrundsicherung des Deut-  
109 schen Kinderschutzbundes schlagen wir einen monatli-  
110 chen Kindergrundsicherungsbetrag in Höhe von 628€ pro  
111 Kind vor.

112 Mit der Einführung einer selbständigen Kindergrunds-  
113 cherung, die nicht an eine vorherige Bedürftigkeitsprü-  
114 fung gekoppelt ist, der Höhe nach angemessen und aus-  
115 reichend ist und allen Kindern zur Verfügung steht, kön-  
116 nen wir Kinderarmut wirksam bekämpfen.

117 Durch einen gebündelten Leistungskatalog können wir er-  
118 reichen, dass die Leistungen bei allen Kindern ankommen.  
119 Wir bauen unnötige Bürokratie und Hindernisse ab und  
120 sorgen dafür, dass der Staat eine unterstützende Rolle ein-  
121 nimmt, statt Kindern und Eltern bei der Inanspruchnahme  
122 von Leistungen im Wege zu stehen.

123 Durch die Entkoppelung des Anspruchs auf Kindergrund-  
124 sicherung von der Einkommensteuer können wir gewähr-  
125 leisten, dass jedes Kind unabhängig von der Einkommens-  
126 situation der Eltern Leistungen erhält.

127 Die nachträgliche Anrechnung der Kindergrundsicherung  
128 im Rahmen der Einkommensteuer ermöglicht eine sozial  
129 gerechte Berücksichtigung der Einkommenssituation der  
130 Eltern, ohne dass es zur Versagung von Leistungen und da-  
131 mit einhergehende Einschränkung von Teilhabe kommt.

132

133 Durch die Abschaffung des Kindergelds und der bishe-  
134 rigen Freibeträge und die Ausgestaltung des neuen An-  
135 rechnungsmodells können wir die Finanzierung der Kin-  
136 dergrundsicherung in großen Teilen gewährleisten. Im  
137 Rahmen der Ausgestaltung der steuerlichen Anrechnung  
138 sollte auch die Streichung des Ehegattensplittings erwo-  
139 gen werden. Eine etwaige Finanzierungslücke ist aus dem  
140 Bundshaushalt zu decken, denn die Bekämpfung von  
141 Kinderarmut ist für uns Sozialdemokrat\_innen nicht ver-  
142 handelbar.

143